Detailansicht des Regelungsvorhabens

Selbstdeckung/Entscheidungsfreiheit für Abschluss von Versicherungen

Aktuell seit 04.11.2026 11:13:56

Angegeben von:
Leibniz-Gemeinschaft (R001765) am 04.11.2026

Beschreibung:
Nach Nr. 1.4 ANBest-I dürfen institutionell geförderte Zuwendungsempfänger im Regelfall (bis auf wenige Ausnahmen, insbesondere bei gesetzlich notwendigen Versicherungen) keine Versicherungen abschließen. Das Prinzip der Selbstdeckung, das dem Wirtschaftlichkeitsgebot entspringt und für die bundesunmittelbare Verwaltung sinnvoll ist, ist jedoch nicht auf die AUF übertragbar. Forschung ist ihrer Natur nach häufig risikobehaftet, die AUF haben aber keinen finanziellen Spielraum, um diese Risiken im Notfall abzudecken und würden im Schadensfall von den Zuwendungsgebern auch keine Kompensation erhalten. Vorgeschlagen wird, das Versicherungsverbot aufzuheben und den Abschluss von Versicherungen in die Risikoabwägung der AUF zu übertragen.

Betroffene Interessenbereiche (1)

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. **SG2611040004** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 20.05.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)
[alle SG dorthin]